

22.05.2013

## Kleine Anfrage 1266

des Abgeordneten Hanns-Jörg Rohwedder PIRATEN

### Neue Castor-Transporte nach Ahaus“

Am 2. Mai 2013 informierte die Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS) als Betreiberin des Zwischenlagers Ahaus den Ahauser Stadtrat u. a. darüber, dass neue Verträge für Transporte mit hochradioaktivem Atommüll zur Einlagerung im Zwischenlager Ahaus geschlossen worden seien. Betroffen sei Atommüll aus den Forschungsreaktoren in Berlin, Mainz und München/Garching.

Die Landesregierung hat in der Vergangenheit immer gefordert, Atommüll möglichst direkt in ein Endlager zu transportieren. Zuletzt hat die Landesregierung dabei aufgrund starker öffentlicher Proteste erfolgreich Castor-Transporte vom Forschungszentrum Jülich ins Zwischenlager Ahaus verhindert.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welchen Kenntnisstand hat die Landesregierung zu diesen von der GNS geplanten Transporten von hochradioaktivem Atommüll nach Ahaus?
2. Um welche Art von Atommüll handelt es sich konkret bei den beabsichtigten Atommülltransporten (bitte aufschlüsseln nach Anlage, Art und Menge des Atommülls, Strahlungspotenzial sowie jeweils Anzahl und Typ der Behälter)?
3. Inwieweit wurde die Landesregierung von der GNS bzw. den jeweiligen Forschungszentren über die geplanten Atommülltransporte nach Ahaus bereits unterrichtet?
4. Welche Schritte wird die Landesregierung unternehmen, um die Einlagerung von weiterem hochradioaktivem Atommüll in Ahaus zu verhindern, dessen Entsorgung angesichts eines fehlenden Endlagers in den Sternen stünde?

Datum des Originals: 21.05.2013/Ausgegeben: 22.05.2013

5. Welche Landesministerien müssten ggf. gegenüber dem BfS eigene Stellungnahmen in einem etwaigen Genehmigungsverfahren abgeben?

Hanns-Jörg Rohwedder